

Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans „Laucherttal“ für den Bereich des Gammertinger Stadtteils Mariaberg in Folge des Konversionsprozesses der diakonischen Einrichtung „Mariaberg e. V.“ im Stadtteil Mariaberg

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 BauGB

Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange	Kurzfassung der eingegangenen Stellungnahmen	Abwägung (Bewertung) der Verwaltung
<p>1. Regionalverband Bodensee-Oberschwaben Hirschgraben 2 88214 Ravensburg Schreiben vom 25.01.2017</p>	<p>Zur Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes im Bereich Mariaberg verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 09.10.2015 in der wir dargelegt haben, dass die bedarfsgerechte Weiterentwicklung von Einrichtungen der Behindertenhilfe dem Vorschlag des Plansatzes 2.2.5 des Regionalplanes entspricht. Im Süden des Planbereiches „Sonniges Plätzle“ wurde die Abgrenzung der FNP-Änderung an die Grenze des „Schutzbedürftigen Bereiches für Naturschutz und Landschaftspflege“ nach Plansatz 3.3.2 des Regionalplanes angepasst. Sofern für das Teilgebiet „Sonniges Plätzle“ und den Sport- und Parkplatzbereich im nördlichen „Klosterareal“, die in einem „Schutzbedürftigen Bereich für die Wasserwirtschaft“ nach Plansatz 3.3.5 des Regionalplanes liegen (s. Stellungnahme vom 09.10.2015), die Vorgaben nach der Wasserschutzgebietsverordnung „Laucherttal“ beachtet werden (Wasserschutzgebietszone III), werden von Seiten des Regionalverbandes keine weiteren Anregungen oder Bedenken zur Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Bereich „Mariaberg“ vorgebracht.</p> <p>Wir bitten Sie, dem Regionalverband Bodensee-Oberschwaben nach Inkrafttreten der FNP-Änderung folgende Unterlagen bzw. Informationen per E-Mail (info@rvbo.de) zur Verfügung zu stellen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Rechtskräftiger Plan als PDF-Dokument. 2. Datum des Inkrafttretens sowie ggf. das Genehmigungsdatum. 	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und Berücksichtigung finden. Demnach werden die Vorgaben nach der Wasserschutzgebietsverordnung „Laucherttal“ (Wasserschutzgebietszone III) beachtet.</p> <p>Die Unterlagen werden wie gewünscht zur Verfügung gestellt.</p>
<p>2. Regionalverband Neckar-Alb Löwensteinplatz 1 72116 Mössingen Schreiben vom 13.12.2016</p>	<p>Die Änderungen im Fortschreibungsentwurf berühren die Belange des Regionalverbandes Neckar-Alb nicht.</p>	<p>Eine Stellungnahme entfällt.</p>
<p>3. RP Tübingen / Abteilung Raumordnung als koordinierende Stelle Konrad-Adenauer-Str. 20 72072 Tübingen Schreiben vom 30.01.2017</p>	<p>I. Belange der Raumordnung Die vorgesehene Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich Mariaberg ist größtenteils identisch mit der vorgesehenen, jedoch noch nicht genehmigten Fortschreibung des Flächennutzungsplans im Bereich Mariaberg. Nachdem die rund 0,5 ha umfassende Teilflächen im östlichen Bereich des Bebauungsplans „Sonniges Plätzle“ die von einem „Schutzbedürftiger Bereich für die Forstwirtschaft“ (Plansatz 3.3.4 - Ziel der Raumordnung) überlagert war, aus dem Umgriff der FNP-Änderung herausgenommen wurde, werden keine Bedenken oder Anregungen mehr vorgebracht.</p> <p>II. Belange des Naturschutzes Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgebracht.</p>	<p>Eine Stellungnahme entfällt.</p> <p>Eine Stellungnahme entfällt.</p>

Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans „Laucherttal“ für den Bereich des Gammertinger Stadtteils Mariaberg in Folge des Konversionsprozesses der diakonischen Einrichtung „Mariaberg e. V.“ im Stadtteil Mariaberg

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 BauGB

Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange	Kurzfassung der eingegangenen Stellungnahmen	Abwägung (Bewertung) der Verwaltung
	<p>III. Belange des Forsts</p> <p>Grundsätzliches Gegenüber der letzten Beteiligung wurde der Geltungsbereich auf FNP- und BBP-Ebene geändert. Inwieweit von der Festsetzung weiterhin Flächen mit Waldeigenschaften betroffen sind, kann nach Aktenlage nicht bewertet werden. Für die Festsetzung der Grünflächen ist die Waldeigenschaft im Sinne § 2 LWaldG für das gesamte Areal zu prüfen; die untere Forstbehörde ist zu beteiligen. Alle Waldflächen, die im Rahmen der Bauleitplanung mit einer anderweitigen Nutzung (hier: öffentliche Grünfläche) festgesetzt werden, sind für die Herleitung der Waldinanspruchnahme – Waldumwandlungsverfahren – zu bilanzieren und darzulegen.</p> <p>Teilfortschreibung FNP Im Nordosten des Geltungsbereichs ist eine kleine Sonderbaufläche festgesetzt. Wir weisen vorsorglich auf die Waldabstandsthematik gemäß § 4 Abs. 3 LBP hin. Da dieser Fläche keine B-Planunterlagen vorliegen, ist eine abschließende Stellungnahme nicht möglich. Darüber hinaus sind die obigen Ausführungen (unter „Grundsätzliches“) zu beachten.</p> <p>Rechtliche Hinweise Sollen in einem Bauleitplan für Waldflächen anderweitige Nutzungen (hier: öffentliche Grünfläche) dargestellt oder festgesetzt werden, so ist gemäß § 10 Landeswaldgesetz (LWaldG) die Erteilung einer Umwandlungserklärung durch die höhere Forstbehörde Voraussetzung für die Genehmigungsfähigkeit des Bauleitplans. Die Umwandlungserklärung wird durch die höhere Forstbehörde dann erteilt, wenn die Voraussetzungen für eine Umwandlungsgenehmigung nach § 9 LWaldG vorliegen und die Erteilung einer Umwandlungsgenehmigung in Aussicht gestellt werden kann. Gemäß § 9 Abs. 2 LWaldG soll die Genehmigung dann versagt werden, wenn die Umwandlung mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung nicht vereinbar ist oder die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt. Die Anträge auf Umwandlungserklärung (für FNP und BBP) und Umwandlungsgenehmigung sind zu gegebener Zeit über die untere Forstbehörde bei der höheren Forstbehörde einzureichen.</p> <p>IV. Sonstiges Zur Aufnahme der Flächenänderungen in das Raumordnungskataster wird gemäß § 26 Abs.3 LpLG gebeten, dem RP nach Inkrafttreten des Planes eine Mehrfertigung davon, ggf. auch in digitalisierter Form zugehen zu lassen.</p>	<p>Nach Änderungen liegen im Entwurf alle Waldflächen außerhalb des Geltungsbereichs.</p> <p>Die Stellungnahme des RP wurde nach einem Ortstermin inzwischen ergänzt (siehe unten: Ergänzung vom 23.02.2017).</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen</p> <p>Die Unterlagen werden wie gewünscht zur Verfügung gestellt.</p>

Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans „Laucherttal“ für den Bereich des Gammertinger Stadtteils Mariaberg in Folge des Konversionsprozesses der diakonischen Einrichtung „Mariaberg e. V.“ im Stadtteil Mariaberg

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 BauGB

Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange	Kurzfassung der eingegangenen Stellungnahmen	Abwägung (Bewertung) der Verwaltung
	<p><u>Nachträgliche Ergänzung vom 23.02.2017</u></p> <p>Waldinanspruchnahme: Wie in unserer Stellungnahme vom 26.01.2017 gefordert, wurde bei einem Orts-termin von der unteren Forstbehörde die Waldeigenschaft verschiedener Flächen im Geltungsbereich BBP „Sonniges Plätzle“ und „Klosterareal“ geprüft. Bestätigt wurde die Waldeigenschaft nur für die Fläche auf Flurstück Nr. 68/6. Diese ist im BBP als private Grünfläche festgesetzt.</p> <p>Alle Waldflächen, die im BBP mit einer anderweitigen Nutzung (hier: private Grünfläche) festgesetzt werden, sind für die Herleitung der Waldinanspruchnahme – Waldumwandlungsverfahren – zu bilanzieren und im Umweltbericht darzulegen.</p> <p>Sollte die Fläche als Wald bestehen bleiben, ist der Geltungsbereich dahingehend abzuändern, dass die Waldfläche herausgenommen wird, da die Festsetzung als „Fläche für Wald“ im Geltungsbereich nur zulässig ist, wenn sie im Interesse der Förderung der Forstwirtschaft liegt.</p> <p>Waldabstand: Wir weisen vorsorglich darauf hin, dass eine nachträgliche Umwandlungsgenehmigung zur Herstellung des Waldabstands nicht in Aussicht gestellt werden kann.</p>	<p>Die Waldfläche wird aus dem Geltungsbereich herausgenommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>4. Regierungspräsidium Freiburg, Abt. 9, Landesamt für Geologie, Rohstoffe, Bergbau Albertstraße 5 79104 Freiburg</p> <p>Schreiben vom 31.01.2017</p>	<p>Im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für geowissenschaftliche und bergbehördliche Belange äußert sich das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zum Planungsvorhaben.</p> <p>1 Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können Keine</p> <p>2 Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes Keine</p> <p>3 Hinweise, Anregungen oder Bedenken Geotechnik Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk entnommen werden. Ingenieurgeologische Belange werden im Rahmen der Anhörung zu konkreten Planungen (vgl. LGRB-Stellungnahme Az. 2511 // 15-08533 vom 22.09.2015 zu den Bebauungsplänen "Klosterareal" und "Sonniges Plätzle") beurteilt, wenn Art und Umfang der Eingriffe in den Untergrund näher bekannt sind.</p>	<p>Eine Stellungnahme entfällt.</p> <p>Eine Stellungnahme entfällt.</p> <p>Eine Stellungnahme entfällt.</p>

Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans „Laucherttal“ für den Bereich des Gammertinger Stadtteils Mariaberg in Folge des Konversionsprozesses der diakonischen Einrichtung „Mariaberg e. V.“ im Stadtteil Mariaberg

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 BauGB

Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange	Kurzfassung der eingegangenen Stellungnahmen	Abwägung (Bewertung) der Verwaltung
	<p>Eine Gefahrenhinweiskarte (insbesondere bzgl. eventueller Massenbewegungen und Verkarstungsstrukturen) kann, nach vorheriger -ggf. gebührenpflichtiger - Registrierung, unter http://geogefahren.lgrb-bw.de/ abgerufen werden.</p> <p>Boden Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p> <p>Mineralische Rohstoffe Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p> <p>Grundwasser Zum Planungsvorhaben sind aus hydrogeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p> <p>Bergbau Bergbehördliche Belange werden von der Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes nicht berührt.</p> <p>Geotopschutz Im Bereich der Planflächen sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.</p> <p>Allgemeine Hinweise Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (http://www.lgrb-bw.de) entnommen werden. Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.</p>	<p>Eine Stellungnahme entfällt.</p> <p>Eine Stellungnahme entfällt.</p> <p>Eine Stellungnahme entfällt.</p> <p>Eine Stellungnahme entfällt.</p> <p>Eine Stellungnahme entfällt.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
<p>5. Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben Lindenstraße 2 88250 Weingarten Schreiben vom 10.01.2017</p>	<p>Keine Bedenken und Anregungen.</p>	<p>Eine Stellungnahme entfällt.</p>
<p>6. Landratsamt Sigmaringen / Koordinierungsstelle beim FB Baurecht Leopoldstraße 4</p>	<p>Fachbereich Baurecht Bauplanungsrecht (Herr Langner, 102-5100) Grundsätzlich gibt es im FNP keine GEe-Ausweisung. Auch in der Begründung</p>	

Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans „Laucherttal“ für den Bereich des Gammertinger Stadtteils Mariaberg in Folge des Konversionsprozesses der diakonischen Einrichtung „Mariaberg e. V.“ im Stadtteil Mariaberg

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 BauGB

Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange	Kurzfassung der eingegangenen Stellungnahmen	Abwägung (Bewertung) der Verwaltung
<p>72488 Sigmaringen Eingang vom 24.01.2017</p>	<p>wird diesbezüglich nochmals eingegangen, s. S. 8. In der ersten Anhörung fassten wir das fälschlicherweise lediglich als Hinweis auf, zwischenzeitlich haben wir Bedenken bei dieser Darstellung. Da die GEe-Ausweisung nur im B-Plan erfolgen kann, wird vorgeschlagen im FNP-Plan nur das zulässige „G“ auszuweisen und in der FNP-Begründung auf das GEe einzugehen, wie auf Seite 24/25 in der Begründung dargestellt. Somit müsste im Plan nur das klein ausgewiesene zusätzliche GEe entfernt werden, das Grose G kann bestehen bleiben.</p> <p>Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz (Herr Schiefer, 102-2300) WASSERRECHT 1. Abwasserbeseitigung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kommunal Es ist sicherzustellen, dass auch bei Ablauf der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Abwasserbeseitigung eine langfristige Entsorgung nach den geltenden Regeln der Technik sichergestellt ist. Dazu sind die angestrebten Folge-lösungen frühzeitig mit dem LRA Sigmaringen abzustimmen. Die Kläranlage Mägerkingen an die Mariaberg angeschlossen ist, wird fachtechnisch vom LRA Reutlingen betreut. Dieses ist bei Belangen, welche die Abwasserbeseitigung betreffen, anzuhören. • Industrie / Gewerbe / Abwasser Jedes gewerbliche Bauvorhaben ist dem Landratsamt Sigmaringen, Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz, zur Stellungnahme vorzulegen. Flächen, auf denen mit wassergefährdenden Stoffen umgegangen wird, sowie Flächen, auf denen stärkere Ablagerungen durch Immissionen zu erwarten sind, müssen wegen deren Schmutzfrachten und aus Vorsorgegründen an die Sammelkläranlagen angeschlossen werden. <p>Hinweis: Für den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach § 62 WHG ist die Anlagenverordnung wassergefährdender Stoffe -VAwS- vom 11. Februar 1994 in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.</p> <p>2. Immissionsschutz Auch nach der Fortschreibung der Planung sind die planungsrechtlichen Festsetzungen im Wesentlichen durch die bestehenden Nutzungen vorgegeben. Diese bestehen zum Großteil aus gemischten Bauflächen (M) und Sonderbauflächen (S).</p> <p>Hinweise:</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und Berücksichtigung finden.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und Berücksichtigung finden.</p> <p>Das LRA Reutlingen wurde angehört (siehe Punkt 7).</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen</p>

Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans „Laucherttal“ für den Bereich des Gammertinger Stadtteils Mariaberg in Folge des Konversionsprozesses der diakonischen Einrichtung „Mariaberg e. V.“ im Stadtteil Mariaberg

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 BauGB

Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange	Kurzfassung der eingegangenen Stellungnahmen	Abwägung (Bewertung) der Verwaltung
	<p>Aufgrund von höchstrichterlicher Entscheidung (VGH Mannheim, Urteil vom 12.06.2012, Nr. 8 S 1337/10, bestätigt durch das Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 18.07.2012, Nr. 4 CN 3.12) sind folgende Positionen im Bauleitplanverfahren zu beachten: § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB verpflichtet die Gemeinden, die in den vorgenannten Stellungnahmen und Unterlagen behandelten Umweltthemen nach Themenblöcken zusammenzufassen und diese in der Auslegungsbekanntmachung schlagwortartig zu charakterisieren. Erforderlich ist eine Kurzfassung der vorhandenen Informationen. Das Bekanntmachungserfordernis erstreckt sich auch auf solche Arten verfügbarer Umweltinformationen, die in Stellungnahmen enthalten sind, die die Gemeinde für unwesentlich halten und deshalb nicht auszulegen beabsichtigt. Verstöße gegen § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB führen zur Unwirksamkeit des Bebauungsplanes. Ein pauschaler Hinweis auf den anhängenden Umweltbericht sowie eine bloße Auflistung der umweltbezogenen Stellungnahmen genügt diesen Anforderungen nicht. Nach Auffassung der Rechtsprechung ist die zu planende Gemeinde auf der „sicheren Seite“, wenn der Bekanntmachungstext einen zwar stichwortartigen aber vollständigen Überblick über diejenigen Umweltbelange ermöglicht, die aus der Sicht der zum Zeitpunkt der Auslegung vorliegenden Stellungnahmen und Unterlagen in der betreffenden Planung eine Rolle spielen.</p> <p>Die Pflicht einer schlagwortartigen Zusammenfassung und Charakterisierung von Umweltinformationen gilt nur im Regelverfahren. Im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und im beschleunigten Verfahren, in denen von Umweltprüfung und Umweltbericht abgesehen wird, entfällt auch die Pflicht zur Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind.</p> <p>Fachbereich Landwirtschaft (Herr Gommeringer, 102-8600) Die Belange des Fachbereichs Landwirtschaft sind nicht betroffen.</p> <p>Fachbereich Forst (Herr Kopp, 102-8500) Die ursprünglich eingezogenen Waldflächen (Schutzbedürftige Bereiche für die Forstwirtschaft) wurden sowohl aus dem FNP als auch aus den B-Plänen herausgenommen. Der nach § 4 LBO geforderte Waldabstand lässt sich nicht überall einhalten. Anlässlich der Voruntersuchungen wurde festgelegt, wie in diesen Bereichen die Waldrandgestaltung zu erfolgen hat, um Gefährdungspotentiale zu minimieren. Diese Festlegungen vom 30.06.2016 (Protokoll 04.07.2016) wurden in die Begründungen zu den aktuellen Bebauungsplänen bereits aufgenommen und müssen auch bei der weiteren Entwicklung des FNP beachtet werden. Dies schließt grundsätzlich die konkrete Abstimmung der Forstbehörde ein, wenn bei weiteren baulichen Maßnahmen erneut Unterschreitungen des Waldabstandes erforderlich werden sollten.</p> <p>Fachbereich Straßenbau (Frau Rumpel, 102-8700) Das Plangebiet liegt außerhalb an Bundes-, Landes-, und Kreisstraßen. Die Belange des Fachbereichs Straßenbau sind nicht betroffen.</p> <p>Fachbereich Recht und Ordnung 1. Kreispolizeibehörde (Frau Grimaldi, 102-6310) Die Belange der Kreispolizeibehörde sind nicht betroffen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen</p> <p>Eine Stellungnahme entfällt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und Berücksichtigung finden.</p> <p>Eine Stellungnahme entfällt.</p> <p>Eine Stellungnahme entfällt.</p>

Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans „Laucherttal“ für den Bereich des Gammertinger Stadtteils Mariaberg in Folge des Konversionsprozesses der diakonischen Einrichtung „Mariaberg e. V.“ im Stadtteil Mariaberg

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 BauGB

Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange	Kurzfassung der eingegangenen Stellungnahmen	Abwägung (Bewertung) der Verwaltung
	<p>2. Straßenverkehrsbehörde (Frau Straub, 102-6344) Anhand der vorliegenden Unterlagen konnten keine konkreten Maßnahmen im Zusammenhang mit Änderungen im Verkehrssektor festgestellt werden. Die Straßen, Wege, Plätze und auch die Parkplätze dürften im Bestand vorhanden sein und stellen schon heute (in Ermangelung einer straßenrechtlichen Widmung vermutlich keine rechtlich öffentliche) tatsächlich öffentlichen Verkehrsraum dar; zumindest dort, wo keine explizite Zufahrtskontrolle stattfindet. Bei geplanten Änderungen sollte dieser im Bestand auf seine Verkehrssicherheit und ordnungsgemäße Beschilderung überprüft werden. Da durch die FNP keine verkehrlichen Änderungen vorgesehen sind, sind Belange der unteren Straßenverkehrsbehörde nicht betroffen.</p> <p>Fachbereich Vermessung und Flurneuordnung (Herr Engelmann.102-3200) Die von der Vermessungsbehörde wahrzunehmenden öffentlichen Belange werden nicht berührt.</p> <p>Dr. Bernhard Obert (Dezernent Bau und Umwelt) Dies ist eine koordinierte Stellungnahme der vorgenannten Fachbereiche. Die Angaben wurden auf Plausibilität geprüft. Eine vorweggezogene Abwägung hat nicht stattgefunden. Eine Abarbeitung und Abwägung im kommunalen Gremium ist zu jeder einzelnen Position notwendig.</p> <p>Nach Beratung der öffentlich-rechtlichen Belange wird um ein Abwägungsprotokoll gebeten.</p>	<p>Eine Stellungnahme entfällt.</p> <p>Eine Stellungnahme entfällt.</p> <p>Ein Abwägungsprotokoll wird übersendet.</p>
<p>7. Landratsamt Reutlingen / Kreisbauamt, Herr Sander Schulstraße 26 72764 Reutlingen</p> <p>Schreiben vom 15.12.2016 / 08.02.2017</p>	<p>Kreisbauamt Keine Einwendungen.</p> <p>Umweltschutzamt <u>Kommunale und private Abwasserbeseitigung</u> Zur Abwasserbeseitigung für den Bereich des Gammertinger Stadtteils Mariaberg möchte der Geschäftsteil - Kommunale und private Abwasserbeseitigung - beim Umweltschutzamt des Landratsamtes Reutlingen auf eine Problematik aufmerksam machen, die der Stadt Gammertingen nach Kenntnis des Umweltschutzamtes bereits durch den Abwasserzweckverband (AZV) Oberes Laucherttal bekannt sein dürfte:</p> <p>Die Kläranlage Mägerkingen und die Mischwasserbehandlungsanlagen im Einzugsgebiet der Kläranlage sind unter der Annahme ausgelegt worden, dass von Mariaberg nur Schmutzwasser in definierter Größe zur Kläranlage geleitet wird. Man ging davon aus, dass Mariaberg über ein sog. Trennsystem entwässert. Tatsächlich gibt es jedoch Hinweise darauf, dass von Mariaberg bei Regenwetter auch Regenabflüsse in großer Höhe zur Kläranlage abgeleitet werden, die, da es keine Drosseleinrichtung gibt, nicht "kontrolliert" über die Kläranlage geleitet wer-</p>	<p>Eine Stellungnahme entfällt.</p> <p>Mariaberg e.V. ist Mitglied im Abwasserzweckverband Oberes Laucherttal. Die Abwasserbeseitigung erfolgt über die Verbandskläranlage unmittelbar nordöstlich unterhalb des Stadtteils Mariaberg gelegen.</p> <p>Die Entwässerung des Oberflächenwassers „Klosterareal“ erfolgt überwiegend im Trennsystem. Ca. 0,64 ha Flächen mit älterer Bebauung werden noch im Mischsystem entwässert. Der Abwasserzweckverband prüft, ob und in welchem Umfang bauliche Maßnahmen verbandsseitig erforderlich sind.</p>

Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans „Laucherttal“ für den Bereich des Gammertinger Stadtteils Mariaberg in Folge des Konversionsprozesses der diakonischen Einrichtung „Mariaberg e. V.“ im Stadtteil Mariaberg

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 BauGB

Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange	Kurzfassung der eingegangenen Stellungnahmen	Abwägung (Bewertung) der Verwaltung
	<p>den können. Entsprechend ist das System aus Kläranlage und Regenüberlaufbecken derzeit überlastet. Eine Überrechnung der Regenüberlaufbecken wird aktuell durch das Ingenieurbüro Götzelmann durchgeführt.</p> <p>Zwar sollen nach Kenntnis des Umweltschutzamtes einige Flächen vom Kanal, der zur Kläranlage führt, abgehängt werden, dennoch ist nicht bekannt, ob ALLE Flächen Mariabergs abgehängt werden (können). Wenn alle Flächen abgehängt und ein vollständiges Trennsystem hergestellt werden kann, gibt es (nach aktuellem Stand) keine Probleme für die Kläranlage. Wenn aber nicht alle Flächen abgehängt werden können und kein vollständiges Trennsystem hergestellt werden kann, ist eine Notentlastungsmöglichkeit in Mariaberg oder vor der Kläranlage notwendig. Die Thematik wurde (u.a. am 12.07.2016) mit dem AZV Oberes Laucherttal bereits besprochen.</p> <p>In beiden Fällen muss Mariaberg in der Überrechnung des Gesamtsystems korrekt angesetzt werden. Ggfs. muss der AZV Oberes Laucherttal auf die Einhaltung der vertraglich vereinbarten Übergabemengen hinwirken.</p> <p>Hr. Herrmann vom Landkreis Sigmaringen sowie Hr. Wiesner und Hr. Nau vom AZV Oberes Laucherttal werden vom Umweltschutzamt direkt informiert. Für weitere Rückfragen steht Ihnen der AZV Oberes Laucherttal sicherlich gerne zur Verfügung.</p>	<p>In einer abschließenden Stellungnahme des AZV Oberes Laucherttal vom 15.02.2017 hat der Verband den beiden parallel bearbeiteten Bebauungsplänen als auch dem Teil-Flächennutzungsplan abschließend zugestimmt. Die Thematik „Regenwasserbehandlung“ befindet sich derzeit verbandsintern in der Umsetzung; Mariaberg e.V. ist dabei als Verbandsmitglied daran beteiligt.</p> <p>Es wird auch nach Ablauf der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Mariaberg e.V. und der Stadt Gammertingen in Zusammenhang mit den Fragen zur Infrastruktur insbesondere über die Abwasserbeseitigung eine langfristige Entsorgung nach den geltenden Regeln der Technik sichergestellt. Dazu werden die angestrebten Folgeleistungen frühzeitig mit dem Landratsamt Sigmaringen abgestimmt. Da die Kläranlage Mägerkingen, an die der Stadtteil Mariaberg angeschlossen ist, fachtechnisch vom Landratsamt Reutlingen betreut wird, ist auch das Landratsamt Reutlingen weiter zu beteiligen und anzuhören.</p>
8. Gammertinger Energie- und Wasserversorgung GEW GmbH Hohenzollernstraße 5 72501 Gammertingen	Keine Stellungnahme	
9. NetzeBW GmbH Adolf-Pirring-Straße 7 88400 Biberach	Keine Stellungnahme	
10. Ferngasgesellschaft Albstadt Gammertingen mbH Postfach 10 01 25 72422 Albstadt	Keine Stellungnahme	
11. Abwasserzweckverband "Oberes Laucherttal" / Stadtverw. Burladingen Hauptstraße 49 72393 Burladingen	<p>Keine Bedenken</p> <p>Das Thema der letzten Monate im Bereich der Regenwasserbehandlung befindet sich zurzeit in der Umsetzung und sollte berücksichtigt werden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und Berücksichtigung finden. In einer abschließenden Stellungnahme des AZV Oberes Laucherttal vom 15.02.2017 hat der Verband den beiden parallel bearbeiteten Bebauungsplänen als auch dem Teil-Flächennutzungsplan abschließend zugestimmt.</p>

Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans „Laucherttal“ für den Bereich des Gammertinger Stadtteils Mariaberg in Folge des Konversionsprozesses der diakonischen Einrichtung „Mariaberg e. V.“ im Stadtteil Mariaberg

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 BauGB

Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange	Kurzfassung der eingegangenen Stellungnahmen	Abwägung (Bewertung) der Verwaltung
Schreiben vom 15.02.2017		
12. Deutsche Telekom Technik-GmbH Adolph-Kolping-Straße 2-4 78166 Donaueschingen Schreiben vom 05.01.2017	Stellungnahme vom 06.10.2015 hat weiterhin Gültigkeit	Bei anstehenden Baumaßnahmen wird die Telekom Technik beteiligt.
13. Polizeipräsidium Konstanz, Führungs- und Einsatzstab - Sachbereich Verkehr Benediktinerplatz 3 78467 Konstanz Schreiben vom 21.12.2016	<p>Das Polizeipräsidium Konstanz erhebt zur Teilfortschreibung des FNP Laucherttal (Stadtteil Mariaberg) hinsichtlich der verkehrlichen Belange keine Einwendungen.</p> <p>Bei Durchsicht der Unterlagen wurden keine konkreten Maßnahmen im Zusammenhang mit Änderungen im verkehrlichen Bereich festgestellt.</p> <p>Die Straßen, Wege, Plätze und auch die Parkplätze sind im Fortschreibungsgebiet im Bestand vorhanden und befinden sich dort überwiegend im Privateigentum von Mariaberg e.V.. In den parallel laufenden BPL-Verfahren „Klosterareal“ und „Sonniges Plätzle“ findet die Unterteilung in öffentliche und private Verkehrsflächen statt, was den Flächennutzungsplan aber nicht tangieren dürfte. Mit der Stadt Gammertingen wurde hinsichtlich der Trägerschaft der öff. Verkehrsflächen ein Übergangsvertrag (10 Jahre) geschlossen.</p> <p>Die Zieldefinitionen des Flächennutzungsplans obliegen nicht unserer Beurteilung, soweit sie keine verkehrlichen Änderungen mit sich bringen.</p>	Eine Stellungnahme entfällt.
14. Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH Karlstraße 84 72766 Reutlingen	Keine Stellungnahme	
15. HZL Direktion Hechingen Bahnhofstraße 21 72379 Hechingen Schreiben vom 17.01.2017	Keine Bedenken und Anregungen. <u>Eine weitere Beteiligung am Verfahren ist nicht erforderlich</u>	Eine Stellungnahme entfällt.
16. Naturpark Obere Donau Wolterstraße 16 88631 Beuron Schreiben vom 05.01.2017	Keine Einwendungen. Zur geplanten Änderung der Landschaftsschutzgebietsgrenze in diesem Bereich wurde die NP-Geschäftsstelle vom LRA Sigmaringen angehört und hat am 04.11.2016 eine zustimmende Stellungnahme abgegeben. Korrekturvorschlag: Auf Seite 8 der Begründung sollte der Text unter dem Punkt „Lage im Raum“ wie folgt geändert werden: Die Stadt Gammertingen bildet nimmt den nördlichsten Bereich des Landkreises Sigmaringen ein .	

Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans „Laucherttal“ für den Bereich des Gammertinger Stadtteils Mariaberg in Folge des Konversionsprozesses der diakonischen Einrichtung „Mariaberg e. V.“ im Stadtteil Mariaberg

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 BauGB

Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange	Kurzfassung der eingegangenen Stellungnahmen	Abwägung (Bewertung) der Verwaltung
17. Handwerkskammer Reutlingen Hindenburgstraße 58 72762 Reutlingen	Keine Stellungnahme	
18. Kabel BW Postfach 10 20 28 34020 Kassel Schreiben vom 17.01.2017	Keine Einwendungen.	Eine Stellungnahme entfällt.
19. Diak. Werk Württemberg Heilbronner Straße 180 70191 Stuttgart Schreiben vom 23.01.2017	Keine Einwendungen. Vorherige Stellungnahme gilt weiterhin.	Eine Stellungnahme entfällt.
20. Stadt Trochtelfingen Rathausplatz 9 72818 Trochtelfingen	Keine Stellungnahme	
21. Stadt Burladingen Hauptstraße 49 72393 Burladingen Schreiben vom 19.12.2016	Keine Einwendungen.	Eine Stellungnahme entfällt.